Nr. 88 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 31. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 14 828, 13 626, 13 637, 17 109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2068. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 10.—. Bei Bilder- oder Rundsatz [illegible] Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachfrageanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25 ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Dänische Kappisten

Von unserer Berliner Redaktion

Berlin, 30. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Ueberfall der Alldeutschen auf die republikanische Verfassung scheint Schule zu machen, trotzdem er ein klägliches Ende gefunden hat. Die Kopenhagener Meldung, wonach das Verlangen der reaktionären Partei nach der Gewinnung Flensburgs für Dänemark König Christian dazu bewogen habe, von sich aus den Ministerpräsidenten Zahle zum Rücktritt aufzufordern, gestattet den Schluß, daß auch in Dänemark eine außerhalb des Parlamentarismus stehende Richtung bei Hofe die Oberhand gewonnen hat, die es für ihre Aufgabe hält, eine Diktatur zu errichten. Auf diesen Staatsstreich bereitet sich das dänische Volk vor, eine Antwort zu erteilen, die der Abwehr durch den deutschen Generalstreik nachgebildet ist. Die sozialdemokratische Parteileitung ist in Kopenhagen bereits zusammengetreten, um eine Kundgebung zu veranstalten, die zum Generalstreik auffordert.

Die Beweggründe zu dem dänischen vom König in seiner weniger selbstherrlichen als impulsiven Art ins Werk gesetzten Putsch liegen einmal in der Unzufriedenheit der dänischen Scharfmacher mit dem Ausfall der Abstimmung in Schleswig, für die das demokratische Kabinett Zahle, das sich streng an das Volksbegehren gehalten hat, die Verantwortung tragen soll, und zum andern in dem Versuch der Regierung, die Wahlen zum dänischen Reichstag hinauszuschieben. Der dänische König ist zweifellos von den Alldänen und seiner Umgebung zu dem Schritt gezwungen worden. Man gewinnt aber den Eindruck, daß diese Chauvinisten ihre Hände wieder abziehen, da es dem König bisher nicht gelungen sein soll, einen Nachfolger für Zahle zu finden.

Das Kabinett ist in Kopenhagen versammelt und auch der König ist in die Hauptstadt zurückgekehrt, nachdem er sie am Vormittag des 29. März verlassen hatte. Wenn keine Einigung erzielt wird, steht in Dänemark der Generalstreik bevor, der, wie „Sozialdemokraten“ ausführt, zu einem politischen und wirtschaftlichen Chaos führen wird. Der Anschlag auf die Verfassung hat trotz der allerdings nur ganz schwachen Mehrheit der Regierung, die nur drei Stimmen beträgt, in ganz Dänemark entschiedene Ablehnung gefunden und dürfte das gleiche Schicksal erfahren, wie sein deutsches Muster.

Ueber den Staatsstreich in Dänemark liegen folgende Meldungen des Wolff-Bureaus aus Kopenhagen vor:

Der König forderte am Montag vormittag den Minister Zahle nach einer längeren Besprechung über die nordschleswigsche Politik der Regierung auf, daß die Regierung ihr Abschiedsgesuch einreiche. Zahle lehnte dies ab. Darauf erteilte der König dem Ministerium Zahle den Abschied und beauftragte den Führer der Linken Partei, Neergaard, mit der Bildung der neuen Regierung. Neergaard erklärte nach zweistündiger Bedenkzeit sich außerstande, den Auftrag auszuführen. Darauf hat der König die bisherige Regierung, die Geschäfte weiter zu führen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, was von Zahle abgelehnt wurde. Die bisherigen Regierungsparteien, die sozialdemokratische und die radikale, sind, da der Reichstag sich bereits in den Osterferien befindet, telegraphisch zu einer Parteisitzung nach Kopenhagen berufen worden.

„Sozialdemokraten“ veröffentlicht ein Sonderblatt, das unter der Ueberschrift „Der König verübt einen Staatsstreich“ gegen das Vorgehen des Königs Stellung nimmt. Auf dem Amalienborgplatz versammelte sich im Laufe des Nachmittags eine Menschenmenge. Die Ordnung wurde aber durch die Polizei aufrechterhalten. In radikalen und sozialdemokratischen Kreisen sieht man die Lage als sehr ernst an.

Versuche, ein neues Kabinett zu bilden

Kopenhagen, 30. März. Wie „Berlingske Tidende“ mitteilt, hat der König den Anwalt beim Reichsgericht, Liebe, ersucht, ein Geschäftsministerium zu bilden, das den Auftrag hat, Neuwahlen zum Reichstage auszuschreiben. Zum Minister des Aeußern ist der dänische Gesandte in London, Kammerherr Grevenkop-Castenskiold, ausersehen. Die radikalen Parteien der Linken veröffentlichten gestern einen Aufruf, in dem sie die Verabschiedung der Minister als Drohung gegen die politische Ruhe bezeichneten.

Die Drohung mit dem Generalstreik

Kopenhagen, 30. März. Die Gewerkschaftsausschüsse der Vereinigten Gewerkschaften des sozialdemokratischen Verbandes und der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter in Kopenhagen sowie Repräsentanten der Reichstagsgruppen und der Gruppen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung hielten am Montag eine Versammlung ab, auf der eine Entschließung angenommen wurde, die aus Anlaß der Verabschiedung des Ministeriums durch den König verlangt, daß die Verfassung des Landes geachtet, daß das vom Könige verabschiedete Ministerium wieder eingesetzt und der Reichstag einberufen wird, um das Wahlgesetz fertig zu behandeln. Wenn diesen Forderungen bis Dienstag 9½ Uhr nicht nachgekommen ist, soll die Versammlung der Vereinigten Gewerkschaften den Vorschlag auf sofortigen Eintritt in den Generalstreik in allen Zweigen des Wirtschaftslebens unterbreiten. Die Abordnung hatte gestern abend um 11½ Uhr Zutritt beim König, um ihm die Entschließung zu überbringen. Der König versprach, innerhalb der genannten Zeit Antwort zu geben. Es wurde ein Aktionsausschuß eingesetzt, um die gegebenenfalls nötigen Schritte zu beraten.

Von den Wahlen ausgeschlossen

Nach einer Meldung aus Paris hat die Botschafterkonferenz unter dem Vorsitz von Jules Cambon bestimmt, daß die Bewohner der der Volksabstimmung unterworfenen deutschen Gebiete weder an der Reichstagswahl noch an der Präsidentenwahl teilnehmen dürfen. Die Konferenz billigte außerdem eine an die deutsche Regierung zu richtende Note über die Konfiskationen und setzte schließlich fest, sich mit den ungarischen Gesandtschaften zu beschäftigen.

Die Roten Truppen in der Auflösung?

Die Lage im Ruhrrevier hat ihren kritischen Höhepunkt erreicht. Das Ultimatum läuft heute, Dienstag mittag, ab. Bis jetzt ist jedoch noch keine Entscheidung gefallen. Wir wissen nicht, ob die Arbeiter das Ultimatum annehmen oder ob die Regierung die letzten Konsequenzen zieht und zum Angriff übergehen läßt, oder schließlich, ob sie sich zu einer Verlängerung der Frist bereit erklärt. Vorläufig bietet sich noch folgendes verworrene Bild der Lage:

In Beantwortung des Ultimatums der Reichsregierung hat der Zentralrat und Vollzugsrat zum Generalstreik aufgerufen. Militärische Operationen gegen die Reichswehrtruppen werden von der Roten Armee als aussichtslos angesehen. Die Vollzugsräte im Industriegebiet befassen sich zur Zeit noch mit der Stellungnahme zu dem Ultimatum. Der Düsseldorfer Vollzugsrat beschloß, das Ultimatum der Regierung anzunehmen. Ein endgültiger Beschluß ist zwar noch nicht gefaßt, doch ist die Annahme des Ultimatums zu erwarten. Inzwischen beginnt sich die Rote Armee in einzelne Truppenverbände aufzulösen. Am Montag wurde auf der ganzen Front das Ultimatum bekanntgegeben. Seitdem fluten die roten Garnisonen in zahlreichen Abteilungen in das Hinterland zurück und geben, wie das folgende Telegramm zeigt, die Angriffe auf Wesel endgültig auf:

Münster, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Rote Armee zieht sich, nach einer Meldung aus Wesel, von Wesel zurück. Die Artillerie der Roten Armee, soweit sie nicht durch Volltreffer der Festungsartillerie vernichtet ist, wird aus dem Vorgelände nach rückwärts gebracht.

Daß der Rückzug und die Auflösung der Roten Truppen nicht ohne nachteilige Folgen für die Bevölkerung der Ruhrgebiete sind, ist leider aus der Zusammensetzung dieser Truppen erklärlich. Ueberall werden Klagen über Plünderungen und Räubereien laut. — Die Führer der Bewegung scheinen aber noch nichts von der Erschütterung ihrer Macht zu bemerken. Sie verordnen und befehlen munter weiter. So erließ der Essener Zentralrat im Vollgefühl seiner Macht folgende Aufforderung: Sämtliche im Machtbereich der Vollzugsräte und Vollzugsausschüsse im Rheinland und Westfalen befindlichen Reichswehrtruppen, Einwohnerwehren und Sicherheitsmannschaften sind dem Zentralrat in Essen spätestens bis Donnerstag vormittag 11 Uhr namentlich durch Kurier oder telephonisch zu melden unter Hinzufügung des genauen Aufenthaltsortes. Die Gefangenen stehen unter dem Schutze des Zentralrates.

Nicht weniger selbstsicher im Verordnen ist, wie aus dem Folgenden hervorgeht, der Zentralvollzugsrat in Hamborn und Mülheim:

Köln, 30. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Rote Zentralvollzugsrat in Hamborn und Mülheim hat gestern über das engere Ruhrrevier das Standrecht erklärt. Jede Handlung gegen die Sicherheit der Roten Armee wird mit sofortiger Erschießung bestraft.

Weit gefährlicher aber als die auf dem Papier unbeachtet stehenbleibenden Befehle der Empörer sind ihre Versuche, durch Ueberredung Anhänger für ihre Sache zu gewinnen. So wird aus Essen gemeldet: „Die Leitung der kommunistischen Bewegung macht gegenwärtig Anstrengungen, um auch die Eisenbahner auf ihre Seite zu bringen.“ Es ist zu hoffen, daß die Eisenbahner den Lockungen Widerstand leisten und nicht die Sache einer extremen Minderheit vor die des ganzen Reiches stellen. — Die größte Bedeutung ist aber der

Forderung einer Fristverlängerung

beizumessen, die von den vereinigten sozialistischen Parteien ausgeht, und über die der „Vorwärts“ wie folgt berichtet:

Die U. S. P. D. Elberfeld hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie das Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März nicht anerkennt. Als Gründe dafür werden angeführt, daß die in dem Ultimatum vorgesehene Frist von 24 Stunden zu kurz sei. Sie verlangt eine Verlängerung von drei Tagen. Der Reichsregierung wurde dies durch folgendes Telegramm mitgeteilt:

„Der Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet verpflichtet uns, weiter gemeinsam mit der U. S. P. D. und K. P. D. den Generalstreik aufzurufen und alle Waffen mobil zu machen, um die Reichswehr niederzuschlagen. Zugleich werden wir unsere Genossen in den übrigen Teilen des Reiches zur Solidarität für den Generalstreik und zur bewaffneten Abwehr aufrufen. Wir fordern die Absetzung des Generals Watter in Münster. Dem Punkt vier des Ultimatums der Reichsregierung, der von der völligen Entwaffnung der Bevölkerung unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe handelt, können wir nicht stattgeben, solange die rechtmäßigen, staatlichen Organe aus dem alten, reaktionären Beamtenapparat, wie Generale und Offiziere, bestehen. Bis zum letzten Mann werden wir diese Militärkamarilla bekämpfen.“

Dies ist am 29. März abends 8 Uhr dem Reichskanzler Müller von der U. S. P. D. telephonisch mitgeteilt worden mit dem Ersuchen, bis 10 Uhr abends dem Zentralrat in Essen und der U. S. P. D. in Elberfeld telephonisch Nachricht zu geben, ob die Frist um einige Tage verlängert wird, damit erneute Verhandlungen in Bielefeld und Münster stattfinden können. Die U. S. P. D. für den Bezirk Niederrhein schließt sich diesem Aufruf des Zentralrates in Essen zum Generalstreik an.

Ueber

die Antwort der Regierung

ist bis jetzt nur folgendes bekannt: Wie die „N. B. Z.“ erfährt, finden augenblicklich Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Zentralrat in Essen über die Durchführung des Bielefelder Abkommens statt. Die Reichsregierung muß auf der 24stündigen Frist ihres Ultimatums bestehen und kann einer Verlängerung nicht zustimmen. Eine Absetzung des Generals Watter dürfte nicht stattfinden. Wenn nun auch die Reichsregierung formell darauf beharren muß, daß die Bestimmungen des Ultimatums bis zum heutigen Vormittag durchgeführt, das heißt, die Entwaffnung der Bevölkerung vorgenommen wird, andererseits aber der Zentralrat in Essen, der die Bielefelder Beschlüsse anerkennt, mitteilt, daß aus technischen Gründen eine so rasche Entwaffnung und Auflösung der militärischen Formationen der Roten Armee unmöglich ist, werden die militärischen Stellen der Reichsregierung angewiesen, ohne Weisung von Berlin nichts zu unternehmen, was dazu führen könnte, die Lage zu verschärfen. Im übrigen steht z. B. Reichsminister Koch auf dem Standpunkt, daß diejenigen Teile der Bevölkerung des Ruhrgebietes, die heute, also über eine Woche nach Niederzwingung der Militärdiktatur, die Waffen noch nicht aus der Hand legen, keinen Anspruch darauf machen können, daß die Reichsregierung diesem Tun geduldig zusehen soll.

Am heutigen Vormittag findet eine Fraktionssitzung der S. P. D. statt, in der zu den Ereignissen im Ruhrgebiet Stellung genommen werden soll. Weiterhin findet vormittags eine Sitzung des Kabinetts statt, in der die nun zu treffenden Maßnahmen zur Beratung kommen. Die Entschließung in der vorhergehenden Fraktionssitzung der S. P. D. dürfte einen gewissen Einfluß auf die Entschließung des Kabinetts ausüben.

Demnach scheint es wenigstens nicht sofort zur schärfsten Anwendung der militärischen Gewalt zu kommen, wenn auch das Ultimatum nicht zur vorgeschriebenen Zeit erfüllt sein wird. Das Zögern vor der Anwendung der äußersten Mittel ist zwar erklärlich, aber es ist auch gefährlich, da aus ihm auf eine Schwäche der Regierung geschlossen werden kann, die sie heute weniger als je zeigen darf. Wenn zugegriffen werden muß, dann ist es jetzt höchste Zeit! Nach einem Ultimatum sollte es kein Verhandeln mehr geben.

Die Bereitschaft der Entente

Köln, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) In Erwartung des Vorgehens der Berliner Regierungstruppen gegen das Ruhrgebiet, das Dienstag erfolgen soll, sind zwischen Neuß und Krefeld englische und belgische Truppen in großer Zahl zusammengezogen. Der englische Oberkommandierende ist Montag früh nach Krefeld abgereist. Für Dienstag sind bereits Anordnungen ergangen, die die Rheinübergänge unter verschärfte Kontrolle stellen.

Für die Solidarität Europas

Berlin, 30. März.

Das Turiner Blatt „Stampa“ zeigt in einem bemerkenswerten Leitartikel „Brandstiftung“, wie die eigentliche Ursache der Erschütterung, die Deutschland jüngst durchzumachen hatte, in dem kurzsichtigen Verfahren zu suchen sei, das sich die Friedenskonferenz zu eigen gemacht habe. Statt die unterlegenen Völker zur Konferenz heranzuziehen, um in gemeinsamen Beratungen den Wiederaufbau in die Wege zu leiten, habe man ihnen eine Behandlung angedeihen lassen, die kein besiegtes Volk bisher hätte erdulden müssen. Man habe vergessen, daß die Niederringung des deutschen Volkes nur durch einen feindlichen Bund möglich gewesen sei, der die ganze Welt umfaßte, daß Deutschland nicht militärisch geschlagen, sondern mit den Waffen in der Hand sich zu einem Frieden bereit erklärt habe, der ihm eine neue Lebensgrundlage für ganz Europa zu bieten schien. Deutschlands Würde sei unverletzt und eine Reaktion gegen die fortwährenden und systematischen Erniedrigungen, die die unersättliche „Revanchesucht“ ausklügelte, unvermeidlich gewesen. Habe man so einerseits die Reaktion geradezu herausgefordert, so sei andererseits durch die planmäßige Verhinderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Deutschlands das Spartakistentum großgezogen worden. Politische Kurzsichtigkeit schlimmster Sorte habe die Gefahr heraufbeschworen über die deutsche Regierung, die frei von Militarismus wie von radikaler Umstürzlerei in ehrlicher Arbeit einer neuen Lebensmöglichkeit den Boden habe bereiten wollen. Leute, die über diese Gefahr Freude empfanden, hätten nicht bedacht, daß der Untergang Deutschlands zugleich den Europas bedeute, und daß es infolgedessen im gemeinsamen Interesse liege, ihn zu verhindern. Um das zu erreichen, genüge allerdings heute, nach den neuen Erschütterungen, das Wirtschaftsmanifest der Friedenskonferenz nicht mehr. Es sei zwecklos, noch immer Geldentschädigungen von den fast zerstörten Staaten zu erträumen und ebenso zwecklos, mit kleinlichen Gebietsfragen die Zeit zu vertrödeln. Jetzt heißt es, durch einen kühnen Schnitt mit dem alten System brechen und eine Politik der Solidarität Europas einleiten, deren letztes fernes Ziel die Vereinigten Staaten von Europa seien.

Willkürliche Grenzregulierung im Westen

Aachen, 30. März. Die Grenzfestsetzungskommission hat in ihrer Sitzung am Sonnabend in Lüttich wider alles Erwarten auf Grund eines von den englischen und italienischen Delegierten erstatteten Gutachtens mit vier Stimmen gegen die Stimme des deutschen Vertreters die Monschauer Bahn Belgien zugesprochen. Bei Ausführung dieses Beschlusses fiel auch die Hälfte des reindeutschen Kreises Monschau an Belgien, und zwar ohne Befragen der Bevölkerung.

Eine Vertragsverletzung der interalliierten Kommission

Das Wolff-Bureau meldet: Die interalliierte Kommission hatte in Oberschlesien einen Amnestieerlaß herausgegeben, kraft dessen auch gerichtlich bereits anhängige Verfahren niedergeschlagen werden sollten. Die Strafkammer in Oppeln hat unter dem Vorsitz des Landrichters Heidenhain diesen Amnestieerlaß insoweit für rechtsunwirksam erklärt, als er mit den deutschen Gesetzen in Widerspruch steht, nach denen gerichtlich anhängige Verfahren nur im Wege des Gesetzes niedergeschlagen werden können. Das Recht der Gesetzgebung steht aber der interalliierten Kommission nach dem Friedensvertrage nicht zu. Als Antwort auf dieses Urteil hat die interalliierte Kommission den Vorsitzenden der Strafkammer seines Amtes enthoben und aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet ausgewiesen. Diese Maßnahme steht feindseligen Akten gleich. Der Kommission steht weder nach dem Friedensvertrag noch nach den Pariser Abmachungen das Recht zu, richterliche Beamte ihres Amtes zu entheben, von einer Ausweisung gar nicht zu reden. Die deutsche Reichsregierung hat durch ihren Bevollmächtigten in Oppeln sowie durch die deutschen Vertretungen in Paris und London gegen dieses Verfahren der interalliierten Kommission nachdrücklich Einspruch erhoben.

Das neue Regierungsprogramm

Der neue Reichskanzler Hermann Müller hat in einer längeren Programmrede die Richtlinien verkündet, welche er mit seinen Ministerkollegen bis zu den Neuwahlen einzuhalten gedenkt. Nach den Wahlen will ja bekanntlich dieses Ministerium, wie das übrigens in parlamentarisch regierten Staaten selbstverständlich ist, seine Aemter dem Reichspräsidenten zur Verfügung stellen. Die Kanzlerrede wurde von den Mehrheitsparteien recht beifällig aufgenommen und von den beiden Rechtsparteien heftig abgelehnt. Die äußerste Linke verhielt sich während der Rede auffallend ruhig, ließ aber nachher durch ihren Sprecher Henke der neuen Regierung und ihrem Programm ausdrücklich ihr Mißtrauen aussprechen. In den Parteiverhältnissen innerhalb der Nationalversammlung wird also alles beim alten bleiben. Und auch das vom neuen Reichskanzler entwickelte Programm weist keinerlei Ueberraschungen oder unerhörte Neuerungen auf. Die ruhige Entwicklung des Neuaufbaues, die mit dem Beginn dieses Jahres sichtbar eingesetzt hatte und durch den Militärputsch so gründlich gestört war, soll also offenbar von jetzt an weiter weiter verfolgt werden.

An die Spitze des neuen Regierungsprogramms stellte Hermann Müller den Satz, daß man die bisherige Koalition für den einzig tragfähigen Boden einer deutschen Politik halte. Das bedeutet eine Absage ebenso sehr nach rechts hin, wo man während der ersten Putschtage mit dem Gedanken einer Koalition aller Parteien einschließlich der Mehrheitssozialdemokratie spielte, wie nach links hin, wo man den ernsthaften Versuch gemacht hat, eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Wenn aber die Grundlage der Politik auch unverändert bleiben soll, so kündigte der Kanzler doch an, daß die republikanische und demokratische Regierung und Verwaltung stärker als bisher praktisch durchgeführt werden soll. Rücksichtslose Säuberung „mit eisernem Besen“ soll Raum schaffen für ein wirklich republikanisches Heer, eine wahrhafte Volkswehr „unter Berücksichtigung aller Berufe“ und für eine wirklich demokratische Verwaltung. Von einseitiger Bewaffnung der Arbeitermassen war keine Rede mehr.

Auch im Wirtschaftsleben soll die Demokratie noch sichtbarer als bisher zur Durchführung gelangen. Der Reichskanzler zählte eine ganze Reihe von Gesetzen auf, die noch verabschiedet werden sollen, ehe man demnächst zu Neuwahlen schreitet. Er nannte vor allem die Bildung von Bezirksarbeiterräten, die Einsetzung eines Reichswirtschaftsrates, die Errichtung von Schlichtungsämtern zur Vermeidung wilder Streiks und die bessere Versorgung der Kriegsverletzten und der Kriegshinterbliebenen. Wenn wirklich alle diese tief in das Wirtschaftsleben einschneidenden Sozialgesetze noch bis Ende Mai fertiggestellt werden sollen, muß die Nationalversammlung weiter im Automobiltempo arbeiten. Bis jetzt wenigstens ist in Aussicht genommen, daß man gleich nach Ostern nur noch zu einer kurzen vierzehntägigen Session zusammentreten und dann sich in den Wahlkampf stürzen will. Das ist also eine sehr kurze Arbeitsfrist. Daß in ihr auch noch eine Kodifizierung eines Arbeiterrechts und eine durchgreifende Reform des Beamtenrechts geschaffen werden und die große Verwaltungsreform zu Ende geführt werden könnte, muß man trotz dem Wunsche des Kanzlers billig bezweifeln. Diese Aufgaben, deren Lösung allerdings notwendig ist, werden den neuen Reichstag noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Fraglich ist auch, ob die Uebernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich und die Verreichung der Berg- und Elektrizitätswerke noch von der Nationalversammlung durchgeführt werden können. Diese Aufgaben stehen zwar auf der Liste der Forderungen der Gewerkschaften, ihre Lösung ist aber so schwierig und unklar, daß sie nicht im Handumdrehen erfüllt werden können. Dagegen wird man mit Herrn Müller der Ansicht sein, daß sofort und einheitlicher als früher mit der Landwirtschaft an der Hebung der Produktion gearbeitet und daß das Siedlungswerk beschleunigt werden muß.

Der außenpolitische Kurs soll unter der neuen Regierung unverändert der alte bleiben. Verständigungspolitik statt auftrumpfender Machtpolitik ist die Parole wie des Bauerschen, so auch des Müllerschen Reichskabinetts. Daß dabei unter Verständigung nicht Verleugnung der nationalen Ehre und Würde verstanden wird, bezeugte der neue Kanzler sofort durch die entschiedene Ablehnung des französischen Angebots, aus Anlaß der Wirren im Ruhrgebiet größere deutsche Truppenmassen zuzulassen, wenn die neutrale Zone bedeutend erweitert und Frankfurt a. M. nebst andern Städten von französischen Truppen besetzt werden dürften. Die „Schrecken einer Okkupation“ sollen unter keinen Umständen weiter ausgedehnt werden, als dieses auf Grund des revisionsbedürftigen Friedensvertrages von Versailles geduldet werden muß.

Der neue Reichskanzler hatte aber naturgemäß auch genug polemisch zu sagen, und hier zeigte er sich entschieden schwächer. In seinem Amt muß einer über den Parteien stehen, so gewiß er natürlich seine Weltanschauung nicht in „Objektivität“ verwässern kann und soll. Aber der Hermann Müller, der hier sprach, war der Parteimann, nicht der Reichskanzler. Es hätte auch vor dem Ausland seine Polemik gehoben, wenn er die Opposition von einer höheren Warte aus bekämpft hätte. Es geht doch kaum an, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß diejenigen, die sich gegen einen schädlichen, verbrecherischen Staatsstreich wenden, durch Sondergesetze im Staate belohnt werden dafür, daß sie das Verbrechen und die Dummheit nicht geteilt haben. Geht man sehr den Staat Anderen heraus, daß seine Männer nicht [illegible]